

Drahtseil-Akt

STROMNETZ | Der Ausbau der Höchstspannungsleitungen stockt, weil Bürger und Behörden auf der Bremse stehen. Mit Geld und guten Worten, so will es das neue Beschleunigungsgesetz, soll dieser entscheidende Teil der Energiewende endlich vorankommen.

Er sieht nicht aus wie ein Maschinenstürmer oder gar Revolutionär. Gerhard Behrens ist vielmehr ein freundlicher älterer Herr mit stillem Humor. Als Kleinunternehmer bestückt er Werbetafeln mit Anzeigen heimischer Handwerker und Hotels. Und doch stemmt sich Behrens gegen die Großen, stellt sich schützend vor die bedrohte Natur. „Vorsichtig, bitte nicht drauftreten“, ermahnt er den Gast, einen Bogen um den leuchtend rosa blühenden Fingerhut im Unterholz zu schlagen. „Der steht unter Naturschutz!“ Dass sie seine grüne Heimat mit einer Stromtrasse durchschneiden, eine 70 Meter breite Schneise durch den Thüringer Wald und über den berühmten Rennstein schlagen, das will er verhindern.

Gerhard Behrens steht im Weg. Gegen Reiche stellt er sich und gegen einen Mächtigen. Die Reichen, das sind die Energieversorger und Investoren, die Windparks in Norddeutschland und vor der Küste bauen. Der Strom aus ihren Mühlen soll durch armdicke Kabel auf gigantischen Masten gen Süden fließen und dort die Industrie antreiben, wenn die heimischen Kernreaktoren vom Netz gehen.

Der Mächtige, das ist der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer. Er möchte – geschockt vom Siegeszug der Grünen – nun selbst der Mustermann der Energiewende werden. Die Leitung durch den Thüringer Wald soll ihm nicht den Ökostrom von der Küste an die Alpen bringen, sondern Energie von Solarzellen auf Äckern und Scheunen sowie aus künftigen bayrischen Windparks in die Industriezentren im Westen liefern. Die neuen Strom-

autobahnen brauche man auch für „Solarstrom aus dem Süden“, verkündet der CSU-Vorsitzende vollmundig. Die einstige Kernenergie-Hochburg möchte er zum Exporteur von Grünstrom umpolen.

Gerhard Behrens steht im Weg, und er steht nicht allein. Eine ganze Region kämpft mit ihm und seinen Freunden. Ihre Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“ verbindet die Bürgerinitiativen der umliegenden Gemeinden, aus Langewiesen und Großbreitenbach, Riechheim und Jesuborn. Die CDU-Bürgermeister sind dabei und die von der Linkspartei; auch die Landkreise ziehen mit, sogar über die Landesgrenze nach Bayern hinweg. „Der Landkreis Coburg war manchmal sogar aktiver als wir“, lobt Behrens. Aktivisten, Kommunen und Kreise brachten gemeinsam 60 000 Euro für ein Rechtsgutachten auf, bezahlen eine Münchner Anwaltskanzlei.

Der stille Ostdeutsche Behrens steht zwischen den geschäftlichen Interessen der Strombranche und den politischen Zielen von Seehofer, doch sein direkter



ENERGIEWENDE

Gegner heißt Boris Schucht. Denn dessen Firma 50Hertz Transmission, die im gesamten Ostdeutschland das Überland-Netz betreibt, will jene Leitung bauen, die Behrens partout nicht vor seiner Tür haben möchte.

„Die Trasse ist gar nicht notwendig, und wenn, dann gäbe es eine Alternative über Ostthüringen“, sagt Behrens. „Wir müssen den Ausbau der Netze akzeptieren. Sonst ist ein Umbau der Energieversorgung Illusion“, sagt Schucht.

AUSBAU STOCKT

Die „Thüringer Strombrücke“, das letzte fehlende Teilstück der elektrischen Verbindung zwischen Halle und Schweinfurt, ist eine der umstrittenen Lücken im deutschen Netz. Eine von einigen – und bald eine von vielen (siehe Karte Seite 25). Denn mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien wächst auch der Bedarf an Trassen, um den Ökostrom aus dem Norden in die Industriezentren des Hinterlandes zu transportieren. Und die liegen nun einmal im Süden, Westen und Südwesten der Republik. 4300 Kilometer neue Leitungen hält die Deutsche Energie-Agentur für nötig. In den vergangenen Jahren kamen gerade mal 90 Kilometer hinzu. Der Ausbau kommt nicht voran, weil die Verfahren kompliziert sind, den Behörden das Personal fehlt, die Bürger den Blick auf gigantische Stahlstützen ablehnen und Kabelunternehmen nicht als Versorger wahrnehmen, sondern als Mast-Schweine, die die Landschaft verschandeln.

Ohne das Wohlwollen der Ökobewegung ist der Umbau der deutschen >>

Bis 87 Meter
sollen Strommasten über
den Rennstein ragen,
so hoch wie ein Haus mit
25 Stockwerken



Schutzmann am Rennsteig
Gerhard Behrens will die Höchstspannungsleitung verhindern, die die ICE-Trasse noch überragen wird

UNWORT SOLL HELFEN

Schlimmer Name, gutes Ziel: Das neue Netzausbaubeschleunigungsgesetz bündelt die Planung für die wichtigsten Stromtrassen beim Bund und erlaubt Entschädigungszahlungen

4

Netzbetreiber verwalten die Höchstspannungsleitungen mit 220 und 380 Kilovolt (kV)

10

Milliarden Euro kostet der Ausbau, damit die Energiewende funktionieren kann

210

Kilometer lang ist die „Thüringer Strombrücke“; Baukosten: 248 Millionen Euro

» Energiewirtschaft kaum schnell zu schaffen. Öffentlicher Protest verhindert vielerorts den Bau neuer Leitungen, oftmals angeführt auch von Vertretern der Grünen. Zwar ermahnt der frühere Umweltminister Jürgen Trittin die eigenen Leute, nach dem Atomausstieg die nötigen Kabelwege nicht zu blockieren. Aber bei den einzelnen Bürgerinitiativen zeigt das bislang kaum Wirkung.

KOMMUNIKATIONSFEHLER

Und so steht auch Gerhard Behrens im Weg, seit fast fünf Jahren schon. Seit der damalige Netzbetreiber Vattenfall antrat, die Trasse durch den Thüringer Wald zu ziehen. „Die Vattenfalls sind hier aufgetreten, als wenn sie mit russischen Panzern kämen“, erinnert sich Behrens, ganz ruhig. „Die haben gesagt, sie müssten nicht mal prüfen, ob man die Leitung besser vergraben könnte.“ Von seinem Haus könne er später die Trasse sehen, „mit meinem Herzschrittmacher könnte ich hier nicht mal mehr spazieren gehen“, sagt er bei der Wanderung durchs Unterholz. Und dass es bei einer der ersten Anhörungen hieß, „auch ein eingeschlagener Wald sei ein Wald, das hat die Leute erst recht aufgebracht“. Die Rennsteig-Region, das grüne Wanderparadies, ist fast ein Nationalheiligtum Thüringens. Bis zu 87 Meter hoch sollen einzelne Masten werden, im Schnitt erreichen die Stahlträger 61 Meter.

Der Kampf um die Trasse ist auch eine Geschichte der Kommunikationsfehler. Die Vattenfall-Vertreter hätten doch bei der Anhörung selbst gesagt, dass der Strom aus Braunkohlekraftwerken durch die Leitung käme, erinnert sich Behrens. Stimmt. Also nix mit grünem Strom? Bei 50Hertz-Manager Schucht klingt das ähnlich, aber doch anders: Durch das Kabel käme der Windstrom – wenn es weht. Bei Flaute stammt der Saft in der Tat aus den ostdeutschen Braunkohlekraftwerken oder aus Polen. „Wenn die ihre Lastflussanalyse an die EU geben, dann können sie uns das doch auch geben“, schimpft Behrens; dann ließe sich prüfen, ob die vorhandenen Leitungen wirklich nicht ausreichen. Die Angaben ließen Rückschlüsse auf den Verbrauch einzelner Industriekunden zu, das erlaube der Datenschutz nicht, bremst Schucht.

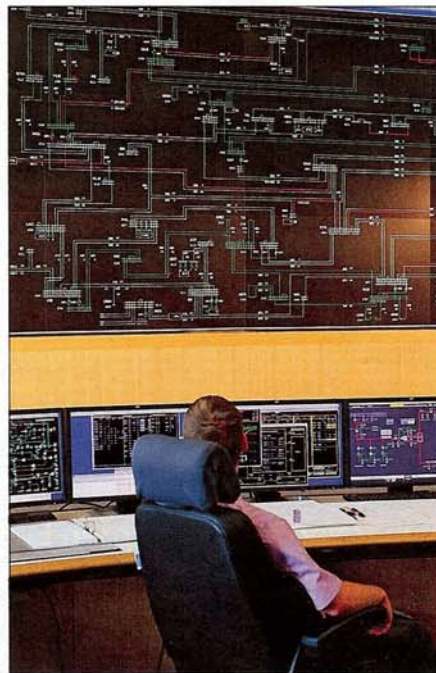
Seit Vattenfall seine Stromtransportsparte an den staatlichen belgischen Netzbetreiber Elia und einen australischen Fonds verkauft hat, sei das Klima zumindest besser geworden, findet Behrens. „50Hertz gibt sich kooperationsbereit. Das

sind umgängliche Leute – aber sie haben immer noch dasselbe Ziel.“ Fünf Jahre geht nun schon der Streit. Dabei sollte hier alles schneller laufen, denn die Rennsteig-Querung gehörte zu den 24 Modellprojekten des EnLAG, des Energieleitungsausbaugesetzes.

Mit dem juristischen Nachfolgemodell, das nach dem Bundestag in dieser Woche auch der Bundesrat beschließen will, möchte die Bundesregierung für die Zukunft alles besser machen und die Energiewende im Netz voranbringen: Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz, kurz Nabeg genannt, soll nicht nur die Verwaltungs- und Gerichtsverfahren verkürzen, sondern auch Wege öffnen, um mit dem Bürger schneller ins Gespräch zu kommen – und ins Geschäft.

Schon immer haben sich die Netzbetreiber die Zustimmung zum Leitungsbau etwas kosten lassen – kosten lassen müssen.

4300 km
neue Leitungen hält die Energie-Agentur für nötig, um die Stromversorgung zu sichern



Kabelsalat in der Leitwarte Ist das Netz stabil, ist bei 50Hertz alles im grünen Bereich

Landwirte beispielsweise bekommen einmalig zwischen 40 Cent und 1,80 Euro pro Quadratmeter, wenn die Trassen über ihre Äcker laufen, schätzt der Deutsche Bauernverband. Die Kommunen kassieren zwar Konzessionsgebühren, wenn sie Leitungsrechte vergeben, aber nur für die örtlichen Verteilnetze, nicht für Stromautobahn-Fernleitungen, die über das Gemeindegebiet führen. Gerade die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hatte sich deutlich beschwert: „Der Norden hat den Profit an den Windkraftanlagen. Im Süden wird der Strom verbraucht, und wir dazwischen gucken auf die Trasse“ – und in die Röhre.

BAHN FREI FÜR ABLASSHANDEL

Die Ängste und Sorgen der Anrainer von Höchstspannungs-Fernleitungen einfach mit Geld zuschütten, das ging bisher nicht. Zahlungen an Kommunen hätten leicht als Bestechung der Amtsträger ausgelegt werden können. Und auf den Beträgen wären die Netzbetreiber sitzen geblieben. Nur was die Behörde als angemessenen Aufwand akzeptiert, dürfen sie auf die späteren Netzentgelte für die Kunden umlegen.

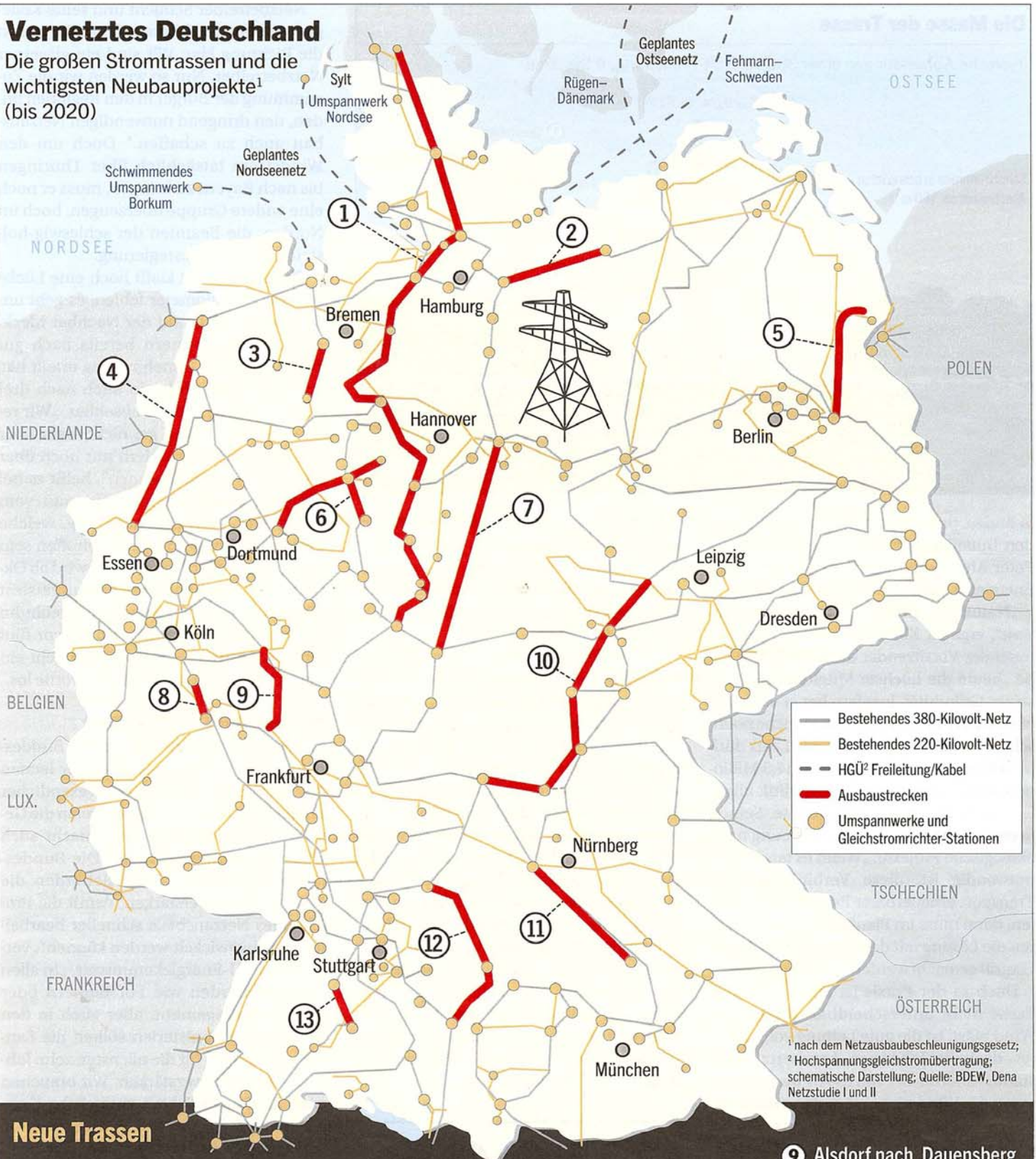
„Wir verstehen, dass jeder Anrainer einen Ausgleich für seinen Vermögensschaden haben möchte“, sagt 50Hertz-Chef Schucht, „aber das ist nicht machbar. Das öffnet die Büchse der Pandora.“ Nicht nur, dass dann ein Überbietungswettbewerb einträte, welcher Anwohner wohl beim Strippen-Poker die besten Nerven hat, das meiste Geld herauschlagen könnte. Dann drohten auch viele andere Infrastrukturprojekte unkalkulierbar zu werden, vom Wasserrohr bis zur Autobahn. Deshalb ist Schucht mit den Vorschriften des Nabeg ganz zufrieden. „Der richtige Weg ist, der betroffenen Gemeinde Geld zu geben, mit der sie Nachteile für die Region ausgleichen kann. Sie könnte beispielsweise auf Gemeindegelände eine Baumreihe pflanzen, um die Leitung aus Sicht der Anrainer zu verdecken.“ Die 40 000 Euro je Streckenkilometer, die das neue Gesetz vorsieht, „sind ein angemessener Wert, der der Höhe der Kompensationen für den Naturschutz entspricht“.

Doch da steht Gerhard Behrens schon wieder im Weg. „Wir lassen uns nicht kaufen“, sagt er bestimmt, das hätten die Mitstreiter untereinander bereits verabredet.

Schon bieten sich die großen Ökoverbände als Vermittler bei solch heiklen Projekten an – und wollen damit zum Bestimmer werden. „Wenn wir ein Projekt gut »

Vernetztes Deutschland

Die großen Stromtrassen und die wichtigsten Neubauprojekte¹ (bis 2020)



- Bestehendes 380-Kilovolt-Netz
- Bestehendes 220-Kilovolt-Netz
- - - HGÜ² Freileitung/Kabel
- Ausbaustrecken
- Umspannwerke und Gleichstromrichter-Stationen

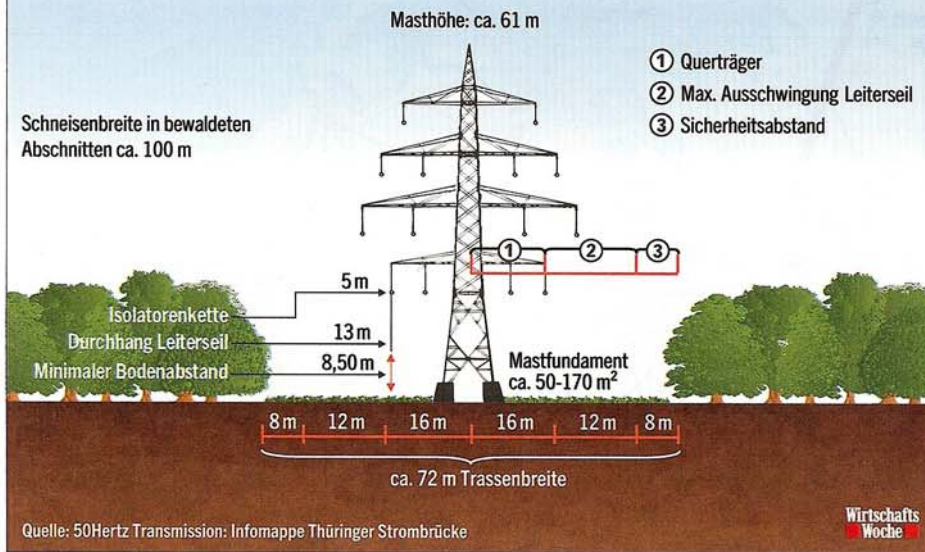
¹ nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz;
² Hochspannungsgleichstromübertragung;
 schematische Darstellung; Quelle: BDEW, Dena
 Netzstudie I und II

Neue Trassen

- | | | |
|---|---|---|
| <p>1 Leitung Kassel (Dänemark)–Hamburg–Nordhessen</p> <p>2 Leitung Geesthacht–Schwerin</p> <p>3 Ganderkesee nach St. Hülfe (bei Diepholz)</p> <p>4 Diele (Kreis Leer) zum Niederrhein</p> | <p>5 Leitung Uckermark nach Krajinik (Polen)</p> <p>6 Gütersloh–Bechterdissen–Hamm–Uentrop</p> <p>7 Leitung Wahle nach Mecklar (Nordhessen)</p> <p>8 Niederrhein nach Weißenthurm</p> | <p>9 Alsdorf nach Dauensberg</p> <p>10 „Thüringer Strombrücke“ (Rennsteig–Bayern)</p> <p>11 Trasse Ingolstadt</p> <p>12 Leitung Senden (Neu-Ulm)</p> <p>13 Leitung Villingen</p> |
|---|---|---|

Die Masse der Trasse

Typische Abmessungen einer 380-Kilovolt-Freileitung, 4 Systeme



» finden, dann werden wir auch vor Ort bei den Initiativen dafür werben“, verkündet Peter Ahmels, Bereichsleiter Erneuerbare Energien bei der Deutschen Umwelthilfe.

„Natur und Umwelt haben keinen Anwalt“, ergänzt Klaus Brunsmeier, stellvertretender Vorsitzender des BUND. Der habe „heute die höchste Mitgliederzahl seit seiner Gründung. Insofern hat er vielleicht eine höhere Legitimation als manche politische Gruppierung.“ Nach dieser Logik dürfte freilich der ADAC mit seinen 17,3 Millionen Mitglieder die Verkehrspolitik allein festlegen, ganz ohne Parlamente. Seinen Segen gibt es nur für seiner Meinung nach ökologische Projekte: „Wenn es tatsächlich notwendig ist, diese Verbindung zum Transport erneuerbarer Energien zu schaffen, dann muss im Planfeststellungsverfahren die Lösung mit dem geringstmöglichen Eingriff gemacht werden.“

Doch in der Praxis ist Strom mangels Farbe nicht unterscheidbar. „Wenn der Wind bläst, ist die gute Leitung voll“, spottet deshalb Johannes Lambert, Vorstandsvorsitzender von RWE Power. „Aber wenn der Wind nicht bläst, dann fließt anderer Strom hindurch.“ Aus tschechischen oder französischen Atommeilern oder aus Kohlekraftwerken.

Um die Akzeptanz zu steigern, setzt Marcus Mattis auf Zuwendung. Seit Jahren berät der frühere Energiemanager mit seiner Firma Multi-Utility Consulting Stromversorger, Stadtwerke und Gemeinden bei der Planung und Durchsetzung heikler Infrastrukturinvestitionen. „Ent-

scheidend ist, Betroffene zu Beteiligten zu machen“, sagt Mattis. Also müssten auch jene Kommunen von einer Leitung profitieren, die selbst nicht an das Kabel angeschlossen sind. „Die Verbündeten vor Ort sind das A und O.“

Entscheidend sei, dass die Betreiber viel früher als bisher in der Region für ihre Projekte werben. „Noch vor dem Planfeststellungsverfahren muss man zu den Bürgermeistern gehen, zu Bürgerinitiativen und Bürgervereinen. Wenn die ersten Einsprüche kommen, ist es zu spät.“ Drei bis vier Tage müssten die Abgesandten pro Kommune schon einrechnen: „Das ist akribische Arbeit, das kann man nicht so auf der Durchreise machen.“ Dazu gehöre auch zu recherchieren, ob es bei früheren Projekten schon mal Ärger und Enttäuschungen in der Region gegeben habe. Allerdings vermisst Mattis auch die Solidarität der Wirtschaft. Die örtlichen Handelskammern sollten beispielsweise im Interesse ihrer Kollegen am Ende einer Stromleitung Stimmung machen, statt desinteressiert wegzuschauen.

40 000
Euro können Gemeinden
künftig für jeden Kilo-
meter Leitung kassieren

Netzbetreiber Schucht und seine Kollegen sind auch auf diesem Trip. „Für uns ist die Richtung klar: Wir sind ein gläserner Netzbetreiber. Nur so werden wir die Zustimmung der Bürger in den Regionen finden, den dringend notwendigen Netzausbau auch zu schaffen.“ Doch um den Windstrom tatsächlich über Thüringen bis nach Bayern zu bringen, muss er noch eine andere Gruppe überzeugen, hoch im Norden: die Beamten der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

Denn auch dort klappt noch eine Lücke im Netz: 20 Kilometer fehlen, es geht um 50 Masten. Während der Nachbar Mecklenburg-Vorpommern bereits nach gut zwei Jahren die Genehmigung erteilt hat, ist in Schläfrig-Holstein auch nach drei Jahren noch kein Ende absehbar. „Wir reden seit zwei Jahren gar nicht mehr über die Trasse selbst, sondern nur noch über die Ausgleichsmaßnahmen“, heißt es bei 50Hertz. Doch Gefahr droht nun vom Fristablauf. Weil die Auflistung, welche Tiere vom Bau der Leitung betroffen sein könnten, bald fünf Jahre alt ist, wird ab Oktober ein sogenannter Plausibilitätstest fällig, ob also Kröte, Hirsch und Rebhuhn immer noch da wohnen, wo sie vor fünf Jahren registriert wurden. Dann geht ein Teil der Prozedur noch mal von vorne los.

SCHNELLER ENTSCHEIDEN

Matthias Kurth, der Präsident der Bundesnetzagentur, hatte schon bei der letzten Energiewende gewarnt, ein wesentlicher Engpass für den Leitungsbau seien die Genehmigungsbehörden. Jetzt macht auch Günther Oettinger Druck. „Die Bundesländer müssen in ihren Behörden die Mannschaften verstärken, damit die Projekte des Netzausbaus schneller bearbeitet und abgewickelt werden können“, verlangt der EU-Energiekommissar. „In allen Sonderbehörden wie Forstämtern oder Flächenmanagement, aber auch in den zuständigen Ministerien sollten die Landesregierungen für die nächsten zehn Jahre das Personal verstärken. Wir brauchen auch an den Gerichten zusätzliche Kammern auf Zeit, damit Klagen gegen neue Leitungen rechtsstaatlich gründlich, aber auch zügig entschieden werden.“

Wie wichtig der Lückenschluss im Norden und in Thüringen für einen Netzbetreiber wie 50Hertz ist, kann Uwe Herrmann demonstrieren. In der neuen Leitwarte in Neuenhagen vor den Toren Berlins hat er seinen Netzsimulator aufgebaut, an dem der Nachwuchs die Sys- »

»temsteuerung lernt. Wie auf der großen Schalttafel an der Wand zeigt auch der Simulator die ostdeutsche Regelzone. In beruhigendem Grün flimmert der landesweite Kabelsalat über den Bildschirm.

Per Mausklick kann der Fachgebietsleiter Systembetrieb die Windstärke erhöhen, und schon wächst die von den gewaltigen Rotoranlagen im Norden eingespeiste Energie an. Flugs springen einige Leitungen auf dem Bildschirm von Grün auf Gelb, dann auf Rot – der Stress im Netz steigt. Noch ein Mausklick, der das fehlende Verbindungsstück am Rennsteig vom Reißbrett in das Schaubild zaubert, und schlagartig springen die umgebenden Leitungen wieder auf Grün.

Jetzt baut Herrmann noch eine Störung ein: ein unerwarteter Anstieg des Windes,

plötzlich sind 2000 Megawatt Leistung zu viel im System. Mit kurzer Verzögerung springt die erste Leitung auf Rot – Alarm –, dann auf Violett! Zwei Sekunden später fällt die nächste Strecke aus, dann noch eine und noch eine. „Jetzt ist die Kaskadenwirkung nicht mehr aufzuhalten“, sagt der Ingenieur noch – da kippen alle feinen Adern auf dem Bildschirm in Violett. Und das heißt: Die Kraftwerke schalten sich ab, trennen sich vom Netz, die Lichter gehen aus in Ostdeutschland. Mit der simulierten Verstärkung im Thüringer Wald geht das Netz zwar in die Knie, aber es bricht nicht zusammen.

Für die Thüringer Strombrücke hilft freilich das neue Beschleunigungsgesetz nichts. Denn alle Modellprojekte, die das EnLAG definiert hatte, unterliegen altem

Recht. Aber auch darin war bereits ein kurzer Prozess bei Gericht vorgesehen. Entsprechend optimistisch ist Schucht. Wenn die endgültige Entscheidung der Landesregierung zur Trassenführung vorliege, kosteten mögliche Gerichtsverfahren maximal noch ein weiteres Jahr.

Doch da steht Gerhard Behrens wieder im Weg. „Wenn die sich stur stellen, stellen wir uns auch stur“, knurrt er, nun doch schon etwas grimmiger. „Wenn der Bescheid kommt, werden wir klagen. Das ist schon ziemlich sicher.“ Und mit der einzigen in Deutschland verbliebenen Instanz, dem Bundesverwaltungsgericht, wollen sie sich nicht begnügen. „Notfalls gehen wir zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof.“

henning.krumrey@wiwo.de | Berlin

ÜBERTRAGUNGSTECHNIK

»Nur 15 Meter«

Kabelkenner Jochen Kreusel schwärmt fürs Unterirdische.

Herr Kreusel, wie bringen wir am besten die Windkraft von der Küste zur bayrischen und schwäbischen Industrie?

Kreusel: Das vorherrschende Drehstromsystem ist prinzipiell nicht optimal für die Fernübertragung großer Leistungen. Da ist Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) deutlich überlegen. Die HGÜ kann darüber hinaus praktisch beliebig mit Erdkabeln kombiniert werden. Die längsten bisher realisierten 380-Kilovolt-Drehstromerdkabel an Land haben eine Länge von unter 30 Kilometern. Bei größeren Längen steigen die Kosten deutlich.

Brauchen wir HGÜ-Erdkabel auch wegen der fehlenden Akzeptanz von Freileitungen?

Kreusel: Allerdings! Der Widerstand gegen Masten und Freileitungen wächst.

Wie viel teurer ist das Erdkabel im Vergleich zur Freileitung?

Kreusel: Die Verlegekosten variieren sehr stark, beispielsweise je nach Beschaffenheit des Untergrundes. Unter optimalen Bedingungen können Sie die neuen kunststoffisolierten HGÜ-Kabel ganz einfach in einem Meter Tiefe im ursprünglichen Erdreich verlegen. So eine Trasse ist nur bis zu 15 Meter breit.

Die Kosten einer HGÜ-Kabelvariante liegen nach unseren Berechnungen zwischen dem Doppelten und dem Fünffachen einer Drehstromfreileitung. Wenn man in der Drehstromtechnik nur abschnittsweise an jedem Dorf unter die Erde geht, kann die Differenz schnell kleiner werden.

Ist die Erdverkabelung schonender?

Kreusel: Bei der Freileitung ist nicht die Trasse selbst das Problem. Da dürfen ja Büsche unter den Masten wachsen, nur keine hohen Bäume. Aber die hohen Masten und die Leitungen bleiben sichtbar. Beim Erdkabel dürfen Sie noch Landwirtschaft darüber betreiben, aber die Trasse muss immer zugänglich sein, damit sie für Reparaturen den Boden wieder aufgraben können. Die Zufahrt mit schweren Lkws muss gesichert sein,

das kann erhebliche Eingriffe in die Natur bedeuten. Bei der Rennsteig-Querung in Thüringen gibt es solche Straßen nicht, sie müssen für die Bauphase extra angelegt werden.

Stört beim Erdkabel wirklich die Wärmeentwicklung, wie oft behauptet wird?

Kreusel: Nein. Unsere Untersuchungen zeigen, dass die Temperatur an der Oberfläche weniger steigt als durch die Wintersonne.

Warum legt man die HGÜ-Leitungen nicht an Autobahnen und Bahnstrecken, wo es ohnehin Trassen gibt?

Kreusel: Technisch und wirtschaftlich ist das eine sehr interessante Überlegung. Das wird billiger, denn für Autobahnen und Eisenbahn sind schon Tunnel gebohrt und Brücken gebaut. Probleme kann es mit dem Rechtsrahmen und natürlich mit den Eigentumsverhältnissen geben. Da muss man ran, wenn man diese Synergien nutzen möchte.

Und dann die Leitung zum Standort eines ehemaligen Kernkraftwerks, weil dort das Netz zum Kunden schon liegt?

Kreusel: Das wäre eine offensichtliche Lösung. Dort ist alles so ausgelegt, dass hohe Leistungen eingespeist werden können – ob vom Kernkraftwerk um die Ecke oder vom Windpark in 1000 Kilometer Entfernung, ist egal. Weil es jetzt schnell gehen muss, sollten wir das für einige Standorte in Betracht ziehen. Langfristig müssen wir die Netzarchitektur dann schrittweise an die neue Erzeugungsstruktur anpassen.

henning.krumrey@wiwo.de | Berlin



LEITUNGS-KRAFT

Kreusel, 47, leitet das Konzernprogramm Smart Grids bei ABB und ist Vorsitzender der Energietechnischen Gesellschaft.